



Interviews

22. August 2024

Sandra Schulz im Gespräch mit Saskia Esken

Sandra Schulz: Viel Knirschen weiter in der Ampel-Koalition in Berlin vor diesen drei wichtigen Landtagswahlen im September. Was bedeutet das alles für die Wahlkämpfer, aber auch für die Koalition in Berlin? Darüber können wir jetzt sprechen. Am Telefon ist die SPD-Co-Parteichefin Saskia Esken. Schönen guten Morgen!

Saskia Esken: Guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Was die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer jetzt gebrauchen könnten, das wäre Rückenwind. Warum gibt es den nicht?

Esken: Ich glaube, dass wir mit der Haushaltseinigung, die jetzt dem Parlament zugeleitet wird, vor allem Planungssicherheit geben können. Der Haushalt wird jetzt im Parlament beraten werden und dann bis zum Ende des Jahres beschlossen. Das ist wichtig für viele Projekte in Deutschland, für viele, die in Deutschland sich was vorgenommen haben fürs nächste Jahr, dass der Haushalt steht und dass er jetzt auch konkret im Detail gestaltet wird. Das macht ja immer noch das Parlament. Insofern können wir ein Signal der Stabilität geben. Der Streit ist schwer erträglich, das kann ich sehr gut nachvollziehen.

Schulz: Ist diese Einigung, diese mühsam erzielte Einigung eines Themas, das eigentlich schon zwei- oder dreimal beigelegt war, ein Game Changer?

Esken: Er stand ja schon. Der Haushaltsentwurf ist auch nicht mehr angefasst worden. Das einzige, was noch mal angefasst worden ist, ist das Thema der globalen Minderausgabe. Das ist ein technischer Begriff, den wollen wir jetzt nicht vertiefen und erklären, aber da ist jetzt nicht mehr viel verändert worden. Insofern war die Debatte größer als das Thema und jetzt geht der Entwurf ans Parlament und damit können wir uns auch wieder der Gestaltung von Gesetzen in der zweiten Jahreshälfte widmen, nach der Sommerpause.

Schulz: Um noch mal auf die Perspektive der Wahlkämpfer zurückzukommen. Das hat Frank Capellan in seinem Bericht eben angesprochen. Dietmar Woidke, einer der Wahlkämpfer an vorderster Front, Ministerpräsident in Brandenburg, hat prophylaktisch auf die Unterstützung von Olaf Scholz verzichtet, und der hat dem Handelsblatt gesagt, dass er eigentlich immer ganz froh ist, wenn er mal für ein paar Tage nichts hört von der Ampel in Berlin. Warum kann das Bündnis Wahlkämpfern diesen Gefallen so selten tun?

Esken: Wir haben uns für die zweite Jahreshälfte sehr wichtige Themen vorgenommen, beispielsweise das Rentenpaket zwei, und das ist die Stabilisierung der Rente, natürlich auch für Brandenburgerinnen und Brandenburger ganz bedeutend, denn gerade im Osten sind viele mit niedrigen Renten, weil sie unterbrochene Erwerbsbiographien hatten, niedrige Löhne für eine gewisse Zeit in ihrem Berufsleben zumindest, und deswegen sind das bedeutende Themen, genauso wie auch die Frage des bezahlbaren Wohnens. Die Erhöhung des Wohngelds zum 1. Januar 2025 ist für viele mindestens in Potsdam, aber auch in anderen Städten bedeutsam und natürlich auch in den Städten in Thüringen und in Sachsen. Die Arbeit der Großen Koalition hat auch Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern, aber gleichzeitig ist es bedenklich, dass in den Wahlkämpfen kaum über Landesthemen gesprochen wird. Es kommt ja darauf an, welche Landesregierung will man haben, welche Konzepte sollen dort umgesetzt werden, gerade zum Beispiel in Fragen der Bildung, der frühkindlichen Bildung, Betreuung oder auch der inneren Sicherheit.

Schulz: Was auch wieder eine Frage von Wechselwirkungen ist, Frau Esken. Ich kann es verstehen, dass Sie jetzt einzelne Themen highlighten und hier in unserem Gespräch nach oben ziehen, aber das Problem oder das Thema scheint ja das Gesamtbild zu sein. Da hat Katharina Dröge von den Grünen gestern Morgen hier bei uns im Deutschlandfunk gesagt: Wenn drei sich streiten, dann streiten sich drei. Eine Weisheit, die so sicherlich stimmt. Und da ist doch die Frage nach dem Kanzler, dessen Job es auch wäre, genau diese Streitigkeiten von dreien so zu moderieren, dass das stärker hinter den Kulissen läuft. Warum passiert das denn nicht?

Esken: Das ist kaum zu verhindern, wenn Kolleginnen und Kollegen in der Koalition glauben, über die Öffentlichkeit Themen austragen zu müssen. Das ist nicht verboten. Es schadet uns allen. Deswegen muss man sich auch immer wieder fragen, welchem Ziel das eigentlich dient. Aber es ist nicht zu verbieten und es ist nicht zu beenden. Ganz klar immer wieder der Appell: Wir müssen besser zusammenarbeiten und wir müssen aufhören, unsere Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit auszutragen. Aber das ist ja wohlfeil. Es ist schon nachvollziehbar, dass manchem der Glaube fehlt, dass es noch besser werden könnte. Es muss aber besser werden, und zwar nicht nur im Sinne der Zustimmungswerte für die Ampel-Parteien, sondern vor allem im Sinne des Landes, weil es auf diese Themen

ankommt, die ich jetzt versuche hochzuziehen, wie Sie sagen. Wenn ich an Wahlkampfständen im Osten bin, dann werde ich nicht nur auf den Krieg angesprochen und nicht nur auf das Erscheinungsbild der Ampel, sondern schon auch darauf, ob eigentlich Bildung gelingt, ob wir genügend Lehrkräfte haben, wie die Kita ihre Betreuung noch anbieten kann, weil so viel Personalnot herrscht, oder Pflege oder Gesundheit. Das sind ja alles ganz entscheidende Themen im Leben von Menschen.

Schulz: Aber die Frage, die jetzt wieder im Raum steht, nachdem es diese Selbstermahnung x-fach gegeben hat, nicht so viel Streit nach außen zu tragen, aber konstruktiver zusammenzuarbeiten, ich glaube, das können auch Beobachterinnen und Beobachter nicht mehr zählen, wie oft die Koalition sich das gesagt hat. Dass es eventuell auch nicht mehr besser wird, ist die Erwartung und die Befürchtung, und die Frage: Ist die Koalition eigentlich schon am Ende?

Esken: Nein, weil wir noch wichtige Projekte vor uns haben und wichtige Projekte auch in diesem Haushalt verankert haben, und andere starten auch schon. Gerade geht überall die Schule los, auch hier in Köln, und das Startchancen-Programm, das die Bundesregierung aufgelegt hat, beispielsweise eine Milliarde Euro zusätzlich für die Bildung in diesem Land, genau in den Schulen, wo die Schülerinnen und Schüler lernen, die mit Nachteilen schon in die Schule kommen, und die große Schwierigkeiten haben, das wird sehr oft angesprochen. Die Ampel tut etwas, gemeinsam mit den Ländern, und das ist ohne viel Streit beispielsweise beschlossen worden, und dann wird auch nicht so viel darüber berichtet, nicht so viel darüber geredet. Dass jetzt zwei Milliarden zusätzlich in den Ausbau von Kitas gehen, ist ganz entscheidend wichtig dafür, dass Frauen auch berufstätig sein können, auch zuverlässig berufstätig sein können, dass der Fachkräftemangel behoben wird in unserem Land. Das heißt, es gibt wirklich wichtige Aufgaben, die wir zu tun haben und die wir auch tun und die ohne viel Geräusch auch entschieden werden. Insofern zähle ich darauf, dass wir über die Erfolge und dass wir über die Vorhaben der Ampel sprechen und aufhören zu streiten.

Schulz: Jetzt gehe ich noch rüber zu einem anderen Thema, von dem wir auch wissen, dass es eine große Rolle spielen wird in den Wahlkämpfen oder auch schon spielt, die jetzt laufen: Frieden hatte auch Olaf Scholz noch bei der Europawahl plakatiert. Jetzt sehen wir in Thüringen und in Sachsen, dass die Wählerinnen und Wähler dieses Versprechen anderen Parteien viel mehr abnehmen, nämlich dem BSW und auch der AfD. Wie erklären Sie sich das?

Esken: Im Gegensatz zu denen, die da nur plakatierten, tut Olaf Scholz und tut diese Regierung alles für Frieden. Alles was wir dort tun im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukra-

ine und auch in der Geopolitik in unserem Bündnis in der NATO und mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr dient am Ende dem Frieden. Es muss ja darum gehen, dass dort in der Ukraine ein nachhaltiger und ein gerechter Friede entsteht und dass auch wieder deutlichgemacht wird gegenüber Russland, die ja nicht nur die Ukraine bekriegen, sondern auch uns bedrohen, in Europa werden keine Grenzen mit militärischer Gewalt verschoben. Das haben wir mal miteinander vereinbart vor bald 50 Jahren in der KSZE, in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, und dahin wollen wir wieder zurück. Wir wollen auch wieder zurück zu einer wirksamen Rüstungskontrolle mit Russland und auch mit vielen anderen Ländern, die derzeit in der Aufrüstung sich befinden. Das alles zielt in Richtung Frieden! Das ist unser Ziel!

Schulz: Die Frage, was Frieden sichert oder was gerade den Frieden auch gefährdet, das ist nun gerade die Frage, die polarisiert und die übrigens auch, wie Sie wissen, in Ihrer Partei polarisiert. Es hat in der vergangenen Woche den Beschluss im SPD-Präsidium ohne große Diskussion in Ihrer Partei gegeben, der darauf abzielt, dass die USA Raketen mit größerer Reichweite auch in Deutschland stationieren können. Wir können jetzt noch mal hören, was einer der Wahlkämpfer dazu gesagt hat, nämlich der Innenminister von Thüringen, der SPD-Spitzenkandidat Georg Maier.

O-Ton Georg Maier: „Na ja, ich würde mal sagen, der Beschluss macht es uns jetzt nicht einfacher im Wahlkampf. Das muss ich mal so deutlich sagen. Und auch, wie der zustande kam. Das ist für mich nicht wirklich hilfreich gewesen, um es mal deutlich zu sagen. Da rede ich jetzt nicht darüber, dass mir der Inhalt des Beschlusses nicht gefällt. Die nationalen Sicherheitsinteressen gehen vor, das ist vollkommen klar. Mir geht es nur darum, wie das zustande kam und wie auch kommuniziert wird.“

Schulz: Weil Sie gerade sagen, Olaf Scholz tut alles, da bin ich jetzt noch mal bei den Wahlkämpfern. Tut er denn auch alles für Rückenwind in den Ländern, über die wir sprechen?

Esken: Unbedingt! Vor zwei Tagen war Olaf Scholz in Dresden bei Petra Köpping und hat dort auch in einer Pressekonferenz sehr umfangreich, weil es ein komplexes Thema ist, erklärt, was ich auch gerade versucht habe, wie diese Maßnahmen alle dazu dienen, zu einer Friedensordnung zurückzukehren beziehungsweise die zu erneuern in Europa und zu Rüstungskontrolle zurückzukehren. Derzeit stehen beispielsweise in Kaliningrad genau solche Waffen, die jetzt auch in Deutschland stationiert werden sollen, in Westdeutschland, die in wenigen Minuten Ziele in Deutschland erreichen. Wir sind bedroht von Russland und müssen an der Stelle eine Abwehr demonstrieren und installieren, aber gleichzeitig immer wieder

das Gespräch suchen und zurückkehren zu einer Friedensordnung und zu Rüstungskontrolle. Diese Gespräche finden statt, auch mit Wladimir Putin, aber er hat derzeit kein Interesse.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.